

Die Zeit – Wissen : Leere Kassen und leere Versprechen

Die Zeit, Hamburg, Germany
Die Zeit, Hamburg, Germany

DIE ZEIT

30/2005

Leere Kassen und leere Versprechen

Studiengebühren wurden als sozialverträglich angekündigt. Doch die Befürchtungen der Gebührengegner bewahrheiten sich schneller als gedacht

Von Jan–Martin Wiarda

Was wurde am Anfang nicht alles versprochen: Sozialverträglich sollten Studiengebühren natürlich sein; erst wenn ein vernünftiges System von Studienkrediten installiert sei, würden Gebühren eingeführt. Und selbstredend müsse jeder zusätzliche Euro ausschließlich den Hochschulen zugute kommen.

Doch mittlerweile werden beide Versprechen arg strapaziert. Mit schlechtem Beispiel voran geht dabei Niedersachsen. Als »Zukunftsvertrag« wird dort die Vereinbarung gepriesen, fünf Jahre lang die Landeszuschüsse für Niedersachsens Hochschulen auf dem Niveau von 2005 einzufrieren. Das entspricht rechnet man die Inflation und die Streichung von Zuschüssen außerhalb der Globalbudgets mit ein einer massiven Kürzung der staatlichen Mittel. Mehr sei nicht drin angesichts der notwendigen Haushaltssanierung, erklärte Wissenschaftsminister Lutz Stratmann und fügte dann wie zum Trost hinzu: Dafür dürften die Hochschulen vom Wintersemester 2006/2007 an ja Gebühren erheben. Schon ist der gefürchtete Zusammenhang zwischen staatlicher Haushaltssanierung und der Einführung privater Studienbeiträge hergestellt. Genau den aber hatten die Befürworter des Bezahlstudiums stets bestritten, würde er doch die ohnehin schon verunsicherte Masse der Studenten vollends auf die Seite der Gebührengegner treiben.

Auch das Versprechen eines sozialverträglichen Kreditmodells wankt. Die KfW–Bankengruppe (ehemals Kreditanstalt für Wiederaufbau) kündigt an, ihr Studienkreditprogramm vorerst auf Eis zu legen; ein Programm übrigens, das die KfW unabhängig von möglichen Gebühren auflegen wollte. Jetzt heißt es, der Vorstand der Bankengruppe wolle erst den Ausgang der bevorstehenden Bundestagswahlen abwarten, damit das Programm nicht in die politisch kontroverse Diskussion gerate. Das aber bedeutet für die Studenten: Ihnen stehen lediglich erste Kreditprogramme privater Institute mit Zinssätzen von bis zu zehn Prozent zur Verfügung. Damit ist die rechtzeitige soziale Absicherung der Studiengebühren zumindest gefährdet.

Von der Anfangsbegeisterung einiger Landesregierungen für die Studiengebühren ist ohnehin wenig geblieben. Fertige Gebühren– und Kreditmodelle lägen längst in der Schublade, hatten sie vor dem Urteil des Verfassungsgerichts durchsickern lassen. Alles sah ganz unkompliziert aus. Direkt nach dem Urteil hatte Bayerns Wissenschaftsminister Thomas Goppel (CSU) siegestrunken erklärt, die ersten Rechnungen möglichst schon zum Wintersemester 2005/2006 verschicken zu wollen, und sich in die Behauptung verstiegen, Gebühren seien auch für ärmere Studenten durchaus ohne Studienkredite bezahlbar.

Als der öffentliche Aufschrei wie erwartet heftig ausfiel, wurden Goppels Kollegen nicht müde, die eingangs zitierten Versprechen zu bemühen. Mittlerweile hat Bayern die Vorzüge der Langsamkeit entdeckt und will zunächst das ganze Hochschulrecht reformieren. Neuer Termin für die Gebühreneinführung ist das Sommersemester 2007 frühestens.

Die Beispiele Bayern und Niedersachsen sowie der vorläufige Rückzieher der Kreditanstalt für Wiederaufbau scheinen all jenen Skeptikern Recht zu geben, die schon immer vor einer sozialen Schieflage und der Gier der Landesfinanzminister gewarnt haben. Die Konzeptionslosigkeit, die noch ein halbes Jahr nach dem Gebührenurteil herrscht, ist jedenfalls alarmierend. Sicherlich gibt es immer noch eine Menge guter Gründe fürs Bezahlstudium. Derzeit allerdings fällt es schwerer denn je, Studenten davon zu überzeugen.